

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 30 (1938)

Heft: 12: Mitteleuropa und die Schweiz

Artikel: Der neudeutsche Imperialismus und die Schweiz

Autor: Weber, Max

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352924>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 12

Dezember 1938

30. Jahrgang

Der neudeutsche Imperialismus und die Schweiz.

Von M a x W e b e r.

Im Jahre 1938 haben sich grosse Veränderungen auf der europäischen Landkarte vollzogen, wie sie sonst nur nach grossen Kriegen eintreten und wie sie jedenfalls seit 1919 nicht mehr vorgekommen sind. Ein Land, Oesterreich, ist als selbständiger Staat verschwunden. Ein anderes, die Tschechoslowakei, hat ungefähr einen Drittel seines Gebietes und seiner Bevölkerung verloren.

Diese Ereignisse haben begreiflicherweise die Oeffentlichkeit überrascht und beunruhigt, und es sind Folgerungen gezogen oder doch Fragen gestellt worden über das künftige Schicksal Europas und besonders auch der Kleinstaaten. Da diese Probleme auch die Schweiz sehr stark berühren, möchten wir uns hier eingehend mit ihnen befassen. Dabei wollen wir vor allem die wirtschaftliche Seite beleuchten und uns mit der eingetretenen Veränderung beschäftigen sowie den möglichen Konsequenzen etwas nachgehen.

Ausgangspunkt der Gebietsverteilung von 1938 sind die Friedensverträge, die 1919 in Versailles und andern Vororten von Paris unterzeichnet worden sind. Doch wir müssen auch einen Blick tun auf die Epoche vor dem Friedensschluss, auf den grossen Krieg und auf die vorher vorhandene Gruppierung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte. Werfen wir zunächst einen Blick auf das Europa und auf die Gebietsverteilung in

Mitteuropa vor 1914.

Damals stand den Westmächten Frankreich und England der Dreibund gegenüber, bestehend aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien. Da letzteres bei Ausbruch des Krieges vorgezogen hat, seine Bündnisverpflichtungen zu brechen und sich

später auf die Seite der grösseren Chancen zu stellen, lassen wir Italien beiseite. Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die nicht nur durch ein Militärbündnis, sondern auch durch gleichlaufende politische, wirtschaftliche und kulturelle Interessen fest aneinander gekettet waren, verfügten damals über folgende Ausdehnung:

	Bodenfläche	Einwohnerzahl
Deutschland	542,622 km ²	66,4 Millionen
Oesterreich-Ungarn	676,615 km ²	51,5 »
Total	1,219,237 km ²	117,9 Millionen

Die Macht des mitteleuropäischen Bundes war jedoch nicht auf diese Gebiete beschränkt. Unter ihrem Einfluss standen die **Türkei** und teilweise auch die **Balkanstaaten**; **Bulgarien** hat sich dann im Krieg ebenfalls auf die Seite der mitteleuropäischen Mächte gestellt. In der Türkei besass Deutschland grosse wirtschaftliche Interessen. Es hat die Bagdad-Bahn finanziert und die türkischen Rüstungen mit Geld und Offizieren unterstützt.

Dass die Deutschen sich schon damals mit dieser Machtstellung nicht begnügen wollten, dürfte noch in aller Erinnerung sein. Es gab schon vor dem Kriege, ja seit der Reichsgründung durch Bismarck, einen deutschen Imperialismus, dessen Ziele sehr weit gesteckt waren. Man träumte in Berlin von einer Machtsphäre, die nicht nur ganz Zentraleuropa umfassen sollte, sondern auch den Osten, eventuell nach einer Niederkämpfung Russlands, einen Teil Westeuropas und ferner die wichtigsten Handelswege nach Afrika und nach Asien.

Diese Pläne haben in verschiedenen Formen Gestalt angenommen. Wir erinnern an die Propaganda, die eine Zeitlang unter Führung Friedrich Naumanns für «**Mittleuropa**» entfaltet wurde, dessen Kern ein geschlossener deutsch-österreichisch-ungarischer Staat sein sollte, dem man aber auch die umliegenden Kleinstaaten, darunter die **Schweiz**, angliedern wollte. Wir erinnern ferner an die imperialistischen Ziele der **Alldeutschen**, die schon im 19. Jahrhundert und dann vor allem zu Beginn des Weltkrieges, als die Mittelmächte auf einen Sieg hofften, recht üppige Blüten trieben. Wir sind übrigens nicht nur auf Pläne angewiesen, sondern können die Friedensverträge, die 1917 nach der Niederwerfung Russlands und Rumäniens in **Brest-Litowsk** und **Bukarest** abgeschlossen wurden, als Beispiel anführen. Dadurch wurde Russland als Grossmacht in Europa ausgeschaltet. Deutschland erweiterte seine Macht weniger durch Annexionen als durch Schaffung einer Reihe von «**selbständigen**» Kleinstaaten, die man vollständig unter Deutschlands Einfluss zu halten hoffte. Durch die Abtrennung von Finnland, Russisch-Polen, der baltischen Randstaaten, der Ukraine usw. waren riesige Gebiete mit etwa 50 Millionen Einwohnern von Russland losgetrennt und zur Verfügung des deutschen Imperialismus gestellt worden.

Das war aber erst als Anfang gedacht. Es wurde der Plan verfolgt, ein «Zwischen-Europa» zu bilden, dem neben den neugegründeten Staaten im Osten und dem ganzen Balkan auch Schweden, Dänemark, Belgien, Holland und die Schweiz angehören sollten.

Viele alldeutsche Politiker gingen noch weiter. In einer Schrift von Prof. F. Haensch («An der Schwelle des grösseren Reichs»), der noch zu den «gemässigten» Politikern gerechnet wurde, finden wir folgendes Bild über den künftigen Frieden nach einem deutschen Sieg:

«Wir sehen die Grenzen des Reichs erweitert mit neuen Wohnstätten für ein tätig freies Volk — in den Ostseeprovinzen — und mit neuen wertvollen Gebieten schwerindustrieller Rohstoffgewinnung — in Briey und Lothringen. Mit fester Hand sind die neuen Grenzen in natürlichen Schutzlinien verankert. Nester ewiger Tücke und lauernenden Verrats sind ausgehoben; denn Belgien und Serbien werden keine auswärtige Politik mehr treiben, und aus dem polnischen Bogen, der die Reichshauptstadt bedrohte, sind die Russen vertrieben. Der Zugang zum offenen Meere und das Sprungbrett gegen England sind frei am Kanal — und die englischen Gewässer werden von der flandrischen Küste aus zum Uebungsplatz unserer Unterseeboote. Brüderlich vereint werden das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn gemeinsam die goldenen Fäden in ihr Zukunftskleid weben. Ungehindert öffnet sich den wirtschaftlichen Kräften Oesterreichs der Weg durch die Adria und auf dem Balkan südwärts gegen Saloniki. Eine gewaltige Zone wirtschaftspolitischer Interessengemeinschaft zieht sich, frei von englischer, französischer und russischer Bevormundung, entlang den Geleisen des Balkanzuges bis hinunter zur Mündung des Euphrat und Tigris und schliesst alte und junge Länder zu einem unüberwindlichen Block zusammen. Der jungen Türkei, die ihre internationalen Fesseln sprengte, werden wir nicht nur unsere Kulturkräfte leihen, sondern wir werden sie auch reich machen, indem wir verlorene Kinder zu ihr zurückführen helfen, wie besonders Aegypten. Die Kräfte des wiedererwachten und im Kriege geläuterten Islams werden wir hinüberleiten nach Afrika, wo er alte geknechtete Völker zu neuer Freiheit erwecken kann — und wo es angängig ist, werden wir mit ihm unsere afrikanische Kolonialpolitik vermählen. Ueber Afrika wird von Meer zu Meer die deutsche Flagge wehen, vom Tschadsee bis zum Oranje, und von der Goldküste bis zu Sansibar, ein Reich, das sich mit deutschen Waffen und Offizieren selbst verteidigt. Ein sicherer deutscher Weltverkehrsweg von Hamburg zum Kap und zurück nach Saloniki wird den schwarzen Erdteil umspannen.»

Auch damals stand hinter diesen Plänen der Gedanke, Grossdeutschland und seine Untertanstaaten autark, das heisst von der Einfuhr aus andern Wirtschaftsgebieten unabhängig zu machen. Der Osten und Südosten, namentlich die Ukraine, sollten die Ernährung sicherstellen, und auch die Rohstoffversorgung hoffte man zu vervollständigen. Daraus kann man ersehen, wie ein Siegfrieden Deutschlands ungefähr ausgesehen hätte.

Wir haben das hier angeführt, um zu zeigen, dass die heutigen grossdeutschen Ziele gar nicht neu sind, sondern eine vorläufig sogar noch schwache Kopie dessen darstellen, was die Vorfahren der heutigen deutschen Imperialisten im Sinne hatten.

Allerdings kam es dann zunächst ganz anders. Oesterreich-Ungarn und Deutschland brachen im Weltkrieg zusammen und die alldeutschen Kriegsziele konnten nicht verwirklicht werden. Die Westmächte diktierten den Frieden und suchten dabei Deutschland möglichst zu schwächen, um eine künftige Bedrohung Frankreichs und die Schaffung einer Weltmachtstellung in Europa zu verhindern. Durch diese Ziele wurden die Grundsätze Wilsons vom Selbstbestimmungsrecht der Völker weit in den Hintergrund gedrängt.

Die Verteilung nach dem Weltkrieg.

Nach dem Friedensvertrag musste Deutschland im Westen Elsass-Lothringen (14,522 km² mit 1,9 Millionen Einwohnern) an Frankreich abtreten, ein kleines Gebiet (60,000 Einwohner) an Belgien und ein Stück an Dänemark (165,000 Einwohner). Den grössten Verlust erlitt es jedoch im Osten durch die Abtretung der polnischen Gebiete an das neugegründete Polen (46,130 km² mit 3,9 Millionen Einwohnern). Ausserdem gingen Deutschland kleine Gebiete verloren durch die Schaffung von Litauen, der Freistadt Danzig und der Tschechoslowakei, insgesamt annähernd eine halbe Million Einwohner. Alle diese Abtretungen reduzierten Deutschland um 13 Prozent seiner Fläche und um 10 Prozent seiner Bevölkerung (6,5 Millionen).

Die österreichisch-ungarische Monarchie wurde vollständig zer schlagen, und es entstanden auf ihrem Territorium folgende neue Staaten (wir entnehmen diese Zahlen dem Werk von Woytinsky, « Die Welt in Zahlen »):

	Bodenfläche	Einwohnerzahl
Tschechoslowakei	142,000 km ²	13,6 Mill.
Oesterreich	84,000 »	6,7 »
Ungarn	93,000 »	8 »
Polen (mit Einschluss der von Russland und Deutschland abgetretenen Gebiete)	386,130 »	27,2 »

Zu erwähnen ist ferner, dass unter den Balkanstaaten, die zum Teil auf der Seite der Mittelmächte (Bulgarien, Türkei) und zum Teil auf der Seite der Westmächte (Serbien, Rumänien, Griechenland) gekämpft hatten, ebenfalls erhebliche territoriale Veränderungen vorkamen. Serbien wurde um Bosnien, die Herzegowina und Dalmatien erweitert (7,6 Millionen Einwohner), Rumänien erhielt die Bukowina und Siebenbürgen mit 8,6 Millionen Einwohnern, Griechenland musste sich mit einer geringfügigen Vergrösserung (0,2 Millionen Einwohner) begnügen. Das ging auf Kosten Oesterreichs, Bulgariens und der Türkei.

Mit Hilfe der neuen Staaten hofften die Franzosen, Deutschland die Expansionsmöglichkeiten gegen Osten und Süden zu ver rammeln. Zu diesem Zwecke wurden Oesterreich und namentlich die Tschechoslowakei durch Frankreich politisch und finanziell unterstützt.

Deutschland war geschwächt und auch gedemütigt durch den Friedensvertrag. Das wurde in der Folge ein Ausgangspunkt für eine starke nationalistische Welle, die von den Nationalsozialisten mit allen Mitteln aufgepeitscht wurde. Das Tragische war, dass die Westmächte mit starker Hand gegen Deutschland vorgingen und die Erfüllung aller militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen des Friedensvertrages verlangten, solange die deutsche Demokratie bestand und Deutschland militärisch geschwächt war. Damit wurde für viele Deutschen die Demokratie gleichbedeutend mit einer Situation der Ohnmacht, was die Politik der Nazi gewaltig erleichterte. Sobald dann Deutschland unter Hitlers Führung die Klauseln des Friedensvertrages missachtete und mit einer gewaltigen Aufrüstung einsetzte, wichen die Westmächte schrittweise zurück und liessen sich von dieser Machtpolitik alles abtrotzen. So kam es schliesslich zum Anschluss Oesterreichs und zur Auflösung der Tschechoslowakei, ohne dass die Mächte, die in Versailles diktiert hatten, sich dagegen zur Wehr setzten.

Auf die Ursachen dieser ganzen politischen Entwicklung wollen wir hier nicht eintreten. Ein Hinweis ist immerhin notwendig auf die gewaltige Arbeitslosigkeit im neuen Oesterreich, die mehrmals bis auf 600,000 Arbeitslose stieg (10 Prozent der Bevölkerung, während wir in der Schweiz vor drei Jahren einen Höchststand von 3 Prozent hatten) und noch im letzten Frühjahr 400,000 betragen hatte. Auch in den deutschen Randgebieten der Tschechoslowakei herrschte seit dem Friedensschluss fast dauernd eine sehr starke Arbeitslosigkeit und ein grosses Elend in weiten Kreisen der Bevölkerung. Ohne diese wirtschaftlichen Krisenherde wäre die innere Zermürbung und Unterhöhlung Oesterreichs und der Tschechoslowakei nicht möglich gewesen, und die politische und militärische Bedrohung von aussen wäre zum mindesten auf einen viel härteren Widerstand gestossen.

Deutschland nach dem Münchener Abkommen.

Durch den Anschluss Oesterreichs und der sudetendeutschen Gebiete hat Deutschland einen beträchtlichen Gebiets- und Bevölkerungszuwachs erhalten, der nach vorläufigen Schätzungen folgende Veränderungen bringt:

	Bodenfläche	Einwohnerzahl 1938
Deutschland bisher	470,714 km ²	68,1 Millionen
Oesterreich	83,868 »	6,8 »
Sudetendeutsche Gebiete	ca. 30,000 »	ca. 3,5 »
	<hr/> 584,582 km ²	<hr/> 78,4 Millionen

Natürlich ist das noch bei weitem nicht die Ausdehnung, die Deutschland mit Oesterreich-Ungarn zusammen vor dem Kriege hatte. Die Fläche ist um 52 Prozent und die Bevölkerungszahl um

34 Prozent geringer. Aber das gegenwärtige grossdeutsche Reich ist viel einheitlicher und geschlossener und verfügt, von einer Diktatur beherrscht, über eine relativ grössere Schlagkraft als damals.

Zudem hört der Machtbereich nicht auf an den Grenzen des Reichs. Die deutsche Politik geht auch heute, wie schon vor dem Kriege, zielbewusst darauf aus, sich den Osten zu unterwerfen. Es wäre indessen falsch, zu glauben, dass die Staaten im Osten und Südosten ohne weiteres gewillt seien, sich dem deutschen Imperialismus zu fügen. Sie möchten wohl am liebsten unabhängig bleiben. Aber die Frage ist die, wie weit sie eine selbständige Politik treiben können. Die Tschechoslowakei zum Beispiel hat sich jetzt, nach der furchtbaren Enttäuschung über die Haltung Frankreichs, Deutschland angenähert, offenbar um bei der Amputation etwas günstiger behandelt zu werden. Ungarn hatte sich bisher stark nach Deutschland orientiert, aber die Deutschen haben selbst Befürchtungen, dass es mit Polen zusammen inskünftig ein Hemmnis sein könnte gegen die deutsche Expansion nach dem Osten. Deshalb hat die deutsche Diplomatie sich gegen die Aufteilung Karpathorusslands zwischen Ungarn und Polen gesträubt, um zu verhindern, dass diese Staaten eine gemeinsame Grenze erhalten.

So stark aber auch der Wille zur Unabhängigkeit sein mag, so gross ist anderseits

die wirtschaftliche Abhängigkeit Osteuropas.

Wir wollen zunächst die einzelnen Länder mit ihrer gegenwärtigen Flächenausdehnung und Bevölkerung aufführen.

Polen hat sich durch gewaltsames Vorgehen nach berühmtem Muster von der Tschechoslowakei die Bezirke Teschen und Freistadt mit ungefähr 240,000 Einwohnern geholt. An Ungarn fallen ungefähr 12,000 km² mit 0,8 Millionen Einwohnern bisheriges tschechisches Gebiet. Die Tschechoslowakei verliert dadurch insgesamt 40,000 km² und 4,5 Millionen Einwohner. Unter Berücksichtigung dieser Aenderungen erhalten wir folgenden Bestand:

	Bodenfläche km ²	Einwohnerzahl Millionen
Polen	389,434	34,8
Rumänien	294,967	19,6
Jugoslawien	247,542	15,4
Tschechoslowakei ca.	100,000	10,7
Ungarn	105,073	9,8
Bulgarien	103,146	6,3
Türkei, europäischer Teil	23,975	1,3
» einschliesslich Asien	762,736	16,8

Diese Gebiete waren schon früher stark nach Deutschland orientiert, denn sie haben zum Teil sehr ungünstige Verkehrsverbindungen mit Westeuropa. In den letzten Jahren haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Osteuropa

noch viel intensiver gestaltet. Das ist zum grossen Teil einfach die Folge der Tatsache, dass alle Länder des Ostens, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, genau wie Deutschland keinen freien Zahlungsverkehr kennen. Sie sind sehr kapitalarm und verfügen über keine Devisen (fremde Zahlungsmittel) zum Ankauf ausländischer Waren. Sie müssen daher in erster Linie von solchen Ländern kaufen, denen sie mit Waren bezahlen können. Diese Staaten haben mit den Ländern des freien Zahlungsverkehrs zwar Abrechnungsverträge (Clearing-Abkommen) vereinbart, die den Handels- und Zahlungsverkehr regeln; dennoch ist der Handel infolge der Hemmnisse im Zahlungsverkehr stark zurückgeblieben. Dagegen hat sich der Warenaustausch unter den sogenannten Clearing-Ländern selbst stark entwickelt. Ausserdem sind die Balkanländer mit ihren Agrarprodukten nicht durchweg konkurrenzfähig mit der industrialisierten Landwirtschaft Amerikas. Sie sollten höhere Preise erzielen und diese gewährt ihnen Deutschland, weil es eben auch nicht bar, sondern mit eigenen Lieferungen bezahlt. Schon aus diesen Gründen hat der Warenaustausch Deutschland-Osteuropa zugenommen. Dazu kommen natürlich auch politische Gründe: Deutschland hat unter nationalsozialistischer Führung den Warenverkehr mit dem Osten forciert, um diese Gebiete unter seinen Einfluss zu bringen und mit ihnen seine Autarkiepläne zu vervollkommen.

In welchem Ausmass Deutschland den Aussenhandel der Donau- und Balkangebiete beherrscht, mag folgende Tabelle zeigen:

	Deutschlands Anteil in Prozent an der					
	Einfuhr			Ausfuhr		
	1929	1933	1937	1929	1933	1937
Ungarn	20,0	19,7	26,2	11,7	11,2	24,1
Rumänien	24,1	18,6	29,8	27,6	10,6	20,0
Jugoslawien	15,6	13,4	32,6	8,5	13,9	21,7
Bulgarien	22,2	38,2	54,8	29,9	36,0	43,1
Griechenland	9,4	10,2	31,6	23,2	17,9	36,0
Türkei	15,3	25,6	42,1	13,3	19,0	36,2

In den letzten 8 Jahren ist der Anteil Deutschlands am Import der 6 Staaten Südosteuropas im Durchschnitt von 18 auf das Doppelte, 36 Prozent, gestiegen. Etwas weniger stark wuchs der Anteil an der Ausfuhr, nämlich von 19 auf 30 Prozent. Am stärksten dominiert Deutschland im Aussenhandel Bulgariens, das 1937 mehr als die Hälfte aller importierten Waren aus Deutschland bezog und 43 Prozent seines Exportes in Deutschland absetzte. Sehr stark ist Deutschland ferner beteiligt am Aussenhandel der Türkei und Griechenlands mit mehr als einem Drittel und auch bei Ungarn und Rumänien liefert bzw. bezieht Deutschland 20—30 Prozent.

In absoluten Zahlen erscheint die Zunahme des Handels Deutschlands nach Osteuropa noch grösser. Die deutsche Einfuhr nach den 6 Ländern stieg 1933/1937 von 185 auf 672 Millionen RM.

oder um 263 Prozent. Die Ausfuhr dieser Länder nach Deutschland nahm ziemlich im gleichen Verhältnis zu, von 175 auf 667 Millionen RM. oder 281 Prozent. Mit der Eingliederung Oesterreichs wird sich das noch verstärken, wenn auch nicht zu erwarten ist, dass der Aussenhandel Deutschlands und Oesterreichs sich einfach summieren wird, sondern Grossdeutschland wird vermutlich weniger Warenaustausch haben mit dem Ausland als bisher beide Staaten zusammen.

Nicht berücksichtigt haben wir ferner die T s c h e c h o s l o w a k e i, die bisher erheblich weniger stark verflochten war mit dem Deutschen Reich als die übrigen Oststaaten. Doch in Zukunft wird sich sehr wahrscheinlich ebenfalls ein intensiverer Güteraus-tausch mit Deutschland ergeben. Nicht berücksichtigt ist ferner P o l e n, von dessen Export und Import nur $\frac{1}{7}$ auf Deutschland entfällt und das deshalb bedeutend weniger abhängig ist von Deutschland.

Auf der andern Seite darf man nicht übersehen, dass die genannten Werte des Aussenhandels für die südosteuropäischen Länder, die einen relativ bescheidenen Güteraus-tausch haben, sehr viel bedeuten, dass diese Beträge aber für Deutschland eigentlich wenig ins Gewicht fallen, wie folgende Zahlen zeigen:

	Prozentualer Anteil der südosteuropäischen Länder an Deutschlands					
	E i n f u h r			A u s f u h r		
	1929	1933	1937	1929	1933	1937
Ungarn	0,7	0,8	2,1	1,1	0,8	1,9
Rumänien	1,6	1,1	3,3	1,2	0,9	2,2
Jugoslawien	0,4	0,8	2,4	1,1	0,7	2,3
Bulgarien	0,4	0,7	1,3	0,3	0,4	1,1
Griechenland	0,8	1,3	1,4	0,6	0,4	1,9
Türkei	0,6	0,9	1,8	0,5	0,8	1,9
Südosteuropa	4,5	5,6	12,3	4,8	4,0	11,3
(S c h w e i z	2,4	2,0	1,7	4,7	7,2	3,9)

Trotzdem die Lieferungen dieser Länder nach Deutschland gewaltig gestiegen sind, machen sie 1937 nur 12 Prozent des deutschen Importes aus. Vom Export des Deutschen Reiches gehen nur 11 Prozent nach Südosteuropa. Demgegenüber sei darauf verwiesen, dass der Anteil der Schweiz am deutschen Export im Jahre 1937 4 Prozent betrug und im Jahre 1933 sogar 7 Prozent.

Der intensive Handelsverkehr Deutschlands mit dem Donau- und Balkangebiet entspringt aber wie gesagt auch politischen Absichten, und er wurde erreicht durch, gelinde ausgedrückt, sehr wenig wählerische

H a n d e l s m e t h o d e n D e u t s c h l a n d s.

Diese Handelsmethoden werden angewendet seit dem Sieg Hitlers und seitdem Schacht wieder in die Reichsbank eingezogen ist. Sie bestehen in Folgendem: Deutschland kauft grosse Mengen Nahrungsmittel oder Rohstoffe aus Südosteuropa und bewilligt in der Regel auch gute Preise. Die dortigen Produzenten liefern

natürlich sehr gerne, aber nachher zeigt sich, dass von Bezahlung keine Rede ist. Deutschland lässt sich diese Waren von den armen Ländern als Vorschuss liefern. Wenn diese sich bezahlt machen wollen, so müssen sie dafür sorgen, dass ihre Bevölkerung die an Deutschland gewährten und nun eingefrorenen Warenkredite auftaut durch Ankauf deutscher Waren. Dabei nützen die Deutschen die Zwangslage ihrer Lieferanten aus, indem sie die Waren möglichst spät liefern, um den Kredit einige Zeit beanspruchen zu können, und indem sie Waren liefern, die sie sonst nur schwer abgesetzt hätten; ausserdem verlangen sie oft höhere Preise, als auf dem Weltmarkt bezahlt werden müssten.

So hat Deutschland veraltete Automobile nach der Türkei geschickt, und es wurde den Türken als patriotische Tat empfohlen, solche Autos zu kaufen, da die in Deutschland eingefrorenen Forderungen nur auf diesem Wege liquidiert werden könnten. Noch schlimmer ging es den Jugoslawen, als sie Deutschland mehrere Eisenbahnzüge Pflaumen geliefert hatten. Das Reich hatte einen höheren Preis bewilligt, als die Produzenten erhielten, und die Differenz musste einer nationalsozialistischen Gruppe in Jugoslawien ausgehändigt werden. Beides, die Bezahlung der Produzenten wie der Subvention an die Nazis, blieb Deutschland zuerst schuldig. Nachher lieferte es Chemikalien für photographische Zwecke, die Jugoslawien, da es sie nicht selbst verwenden konnte, unter grossen Einbussen in andern Ländern verkaufen musste. Die Beispiele entnehmen wir einem unlängst erschienenen Buche über die Politik Dr. Schachts (N. Mühlen, «Der Zauberer», Europa-Verlag). Andere Beispiele wurden kürzlich im Londoner «Economist», der sich einlässlich mit dem deutschen Aussenhandel auseinandersetzt, angeführt. Danach musste Rumänien einige tausend Schreibmaschinen, Jugoslawien grosse Quanten Aspirin und Griechenland einige hunderttausend Mundharmonikas übernehmen, um sich für die Lieferungen nach Deutschland bezahlt zu machen. Laut «Economist» greift Deutschland noch zu andern Methoden: Es kauft zum Beispiel viel mehr Tabak in Griechenland und Bulgarien, als es benötigt, und verkauft einen Teil in andern Ländern, um damit freie Devisen zu bekommen. Mit diesen Verkäufen drückt es den Preis für Tabak herunter, so dass es nachher auf dem Balkan billiger einkaufen kann.

Unter diesen Umständen wäre es eine direkt selbstmörderische Politik, wenn die Oststaaten ihre Abhängigkeit vom deutschen Markt noch vergrössern würden. Tatsächlich machen sie grosse Bemühungen, um sich von der deutschen Vormundschaft zu befreien. Das hängt aber zu einem grossen Teil davon ab, ob es ihnen gelingt, ihre Produkte auf andern Märkten zu annehmbaren Preisen abzusetzen. Neuerdings scheint Grossbritannien sich etwas mehr um diese Länder zu kümmern, wie der kürzlich gewährte Kredit an die Türkei sowie die Uebernahme eines grossen Quantums rumänischen Weizens beweisen.

Durch die wirtschaftliche Unterwerfung des Ostens und Südostens sucht Deutschland seine alten Pläne zu verwirklichen, die auf die Selbstversorgung im eigenen Reich samt den dazu gehörenden Einflussphären abzielen, ähnlich wie das Grossbritannien mit Einschluss seiner Kolonien und Dominions fertig bringt. Demselben Zweck dient natürlich auch der Anschluss Oesterreichs und des Sudetenlandes. Wir wollen deshalb auch noch prüfen, wie es steht mit den

Möglichkeiten der Selbstversorgung.

In Deutschland selbst bestand seit dem Machtantritt Hitlers das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik darin: einerseits die Aufrüstung zu ermöglichen und zudem die Unabhängigkeit von der Nahrungsmittel- und Rohstoffzufuhr zu erlangen. Zu diesem Zwecke wurde an der Intensivierung der Landwirtschaft gearbeitet, die Rohstoffproduktion wurde noch stärker ausgebaut, und ausserdem verlegten sich die deutschen Industrien auf die Erzeugung von Kunststoffen, die insbesondere die Textilindustrie von den Rohstoffen, die in Deutschland auf natürliche Weise nicht erzeugt werden können, unabhängig machen sollen (Kunstwolle, Reissbaumwolle usw.).

Es wurde tatsächlich eine Verbesserung der eigenen Versorgung erzielt. Doch ist Deutschland immer noch sehr weit entfernt davon, auf ausländische Zufuhren verzichten zu können. Die Selbstversorgung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen betrug nach der Schätzung des deutschen Instituts für Konjunkturforschung in Prozenten des Verbrauchs:

	um 1927 %	1935 %	1936 %
Nahrungs- und Futtermittel	65	84	81
Rohstoffwirtschaft (landwirtschaftlich erzeugte Rohstoffe)	29	43	47
Landwirtschaftliche Erzeugnisse insgesamt	50	75	75

Danach hat sich der Anteil der inländischen Agrarproduktion am Gesamtverbrauch im letzten Jahrzehnt von der Hälfte auf 75 Prozent gehoben. Einigermassen genügen kann die Inlandproduktion heute an Brotgetreide, Kartoffeln, Trinkmilch, Fleisch, Zucker. Dagegen genügt sie nicht ganz bei Hülsenfrüchten, Obst, Eiern, Gemüse und insbesondere fehlt es an Fett. Auf dem Gebiete der industriellen Rohstoffe ist die Textilindustrie trotz erheblichen Fortschritten der Produktion an synthetischen Spinnstoffen noch nicht über eine Eigenproduktion an Rohstoffen von 22 Prozent herausgekommen. Ausserdem fehlen Deutschland in hohem Masse Eisenerze, Kupfer, Mangan und andere Metalle, Oel, Bauxit (Rohstoff für Aluminiumerzeugung), Holz, Leder. Der Totalbedarf an industriellen Rohstoffen kann nur ungefähr zu zwei Drittel im eigenen Lande gedeckt werden. Von der Gesamteinfuhr im Jahre

1937 im Betrage von 5,5 Milliarden RM. entfielen 26 Prozent auf Nahrungs- und Genussmittel, 16 Prozent auf landwirtschaftlich erzeugte Rohstoffe, 17 Prozent auf industrielle Rohstoffe und weitere 12 Prozent auf Halbwaren (Eisen- und Nichteisenmetall). Zusammen sind das 71 Prozent der Einfuhr oder 3,9 Milliarden RM. Aber auch unter den eingeführten Fertigfabrikaten und Verbrauchsgütern sind solche, die nur auf ausländischer Rohstoffbasis erzeugt werden können. Auch wenn darunter Waren sind, die nicht unentbehrlich sind, so braucht Deutschland doch für mindestens 3 bis 4 Milliarden RM. Nahrungsmittel und Rohstoffe aus dem Ausland.

Der Gebietsgewinn, den das Reich im Jahre 1938 erlangt hat, vermag diesen Zustand nicht zu verbessern. O e s t e r r e i c h ist, was die Ernährung anbetrifft, noch schlechter gestellt als Deutschland. Es vermag sich nur zu 74 Prozent selbst zu ernähren, was den gegenwärtigen Prozentsatz Deutschlands von 81 etwas hinunterdrücken wird. Ungenügend in Oesterreich ist insbesondere die Versorgung mit Brotgetreide, Fleisch und Fett. Auch die Rohstoffversorgung ist mit 55 Prozent Einfuhrbedarf viel ungünstiger als im bisherigen Deutschland. Oesterreich bringt nur einen Zuschuss an Eisenerzen, Holz, ferner vermag es Häute, Felle, Magnesit im Ueberschuss zu liefern, und es verfügt über bedeutende Wasserkräfte. Aber jedenfalls wird die Möglichkeit der Selbstversorgung durch den Anschluss Oesterreichs nicht erhöht.

Aehnlich verhält es sich mit dem S u d e t e n g e b i e t. Dort befinden sich zwar grosse Industriezentren. Aber es sind zum grossen Teil Spezialindustrien, die von der Tschechoslowakei an Deutschland übergehen, wie Glas-, Porzellan- und Tonwarenindustrie, Industrie der Spielwaren und Musikinstrumente, ferner bedeutende Zweige der Textilindustrie, die aber den Hunger nach Textilrohstoffen noch vergrössern werden. Eine Reihe dieser Industrien ist stark auf den Export angewiesen, der durch den Anschluss eher erschwert werden wird. An Bodenschätzen gewinnt Deutschland vor allem Braunkohle, von der es schon mehr als genug hat, etwas Steinkohle und Graphit, ferner Holz. Ernährungswirtschaftlich ist das Sudetenland in noch grösserem Masse auf Zuschuss angewiesen als Oesterreich.

Da Deutschland den Grad der Selbstversorgung durch die angeschlossenen Gebiete nicht erhöhen kann, wird es erst recht auf die Erschliessung der Donau- und Balkanregionen drängen. Hier steht es erheblich günstiger. Der Export der südosteuropäischen Länder an Getreide würde genügen, um den Bedarf Deutschlands zu decken. Ebenso steht es in bezug auf Fleisch, Eier, Gemüse, Früchte und wahrscheinlich auch Fett. Ferner sind in den Balkanländern (namentlich in Jugoslawien und Rumänien) reiche Bodenschätze vorhanden, die aber zum grossen Teil nur ungenügend ausgebeutet werden. Der Bedarf Deutschlands an Erzen könnte aus dieser Gegend nur gedeckt werden nach einer starken Intensivierung der Produktion. Auch die Versorgung mit Wolle und

Baumwolle wäre nur möglich durch planmässigen Ausbau der Erzeugungsmöglichkeiten.

Nun werden aber die Donau- und Balkanländer niemals ihre ganze Produktion oder auch nur ihren gesamten Ueberschuss an Deutschland liefern, sondern sie werden auch den Export nach andern Gebieten zu fördern suchen. Ausserdem sind sie im Begriffe, ihre eigene Industrie auszubauen, so dass sie allmählich selbst mehr Rohstoffe benötigen werden.

Aus diesem Grunde ist nicht anzunehmen, dass auch eine stärkere Erschliessung der Gebiete von Ost- und Südosteuropa Deutschland vollständig unabhängig von der Zufuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln machen wird. Auch im Falle eines Krieges, der überdies infolge Mangel an Leuten auf manchen Gebieten eine Senkung der Produktion zur Folge hätte, ist die Versorgungsmöglichkeit aus dem Osten nur theoretisch vorhanden; praktisch würde sie nur, wenn alle diese Länder auf der Seite Deutschlands im Kriege stehen und ihre ganze Wirtschaft in dessen Dienst stellen würden, was zum mindesten nicht sehr wahrscheinlich ist.

Die wirtschaftliche Stellung der Schweiz zu Grossdeutschland.

Unser Land kann die Entwicklung im Norden und Osten, auch wenn wir vom Politischen ganz absehen, nur mit Besorgnissen betrachten, denn die Zusammenballung der Länder und Völker zu grossen Reichen ist für die kleinen Staaten meist von unangenehmen Folgen begleitet wegen der unausweichlichen Autarkietendenzen und wegen der Spannungen, die dadurch erzeugt werden, selbst wenn diese Reiche nicht mit dem Expansionsdrang geladen sind, wie er durch den Nationalsozialismus entwickelt wird. Diese imperialistischen Reiche oder « Grossraumwirtschaften », wie sie heute genannt werden, suchen fast zwangsläufig die ihnen im Wege stehenden Kleinstaaten entweder in ihren Aktionsradius einzubeziehen oder sie mit wirtschaftlichem Druck zu bearbeiten.

Schon wenige Wochen nach der Erledigung der Sudetenfrage durch das Münchner Abkommen machten sich Bestrebungen bemerkbar, auch die Schweiz in den Machtbereich des mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes einzubeziehen. Der « Deutsche Volkswirt », das Organ des Nationalbankpräsidenten Schacht, der allerdings heute in der deutschen Wirtschaftspolitik ausgeschaltet ist, befasste sich am 21. Oktober mit den künftigen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu Deutschland. Der Artikel wies darauf hin, dass unser Land heute schon einen starken Handelsverkehr mit Grossdeutschland und den Oststaaten habe und ein grosses Interesse daran besitze, sich in den grossdeutschen Wirtschaftsraum einzuschalten. Die Schweiz könnte ihren Rohstoffbedarf im Osten decken. Zudem — und das dürfte wohl der Hauptzweck der Einladung sein — seien die Donau- und Balkanländer kapitalarm,

während die Schweiz über grosse Kapitalien verfüge. England und Frankreich versuchen heute, sich an der Ausbeutung der Reichtümer Südosteuropas finanziell zu beteiligen, was zum Teil in Konkurrenz mit schweizerischem Kapital geschehe. Die Schweiz stehe daher vor der Frage, « ob und in welcher Weise sie ihre Kapitalanlagepolitik in Mittel- und Südosteuropa auf eine neue Grundlage stellen solle ». In Frage komme eigentlich nur eine Zusammenarbeit mit Deutschland, da der neue Grosswirtschaftsraum nach Berlin tendiere. Die Schweiz vermöchte dann wirksam den Finanzinteressen der Weststaaten entgegenzutreten. Kurz hernach erschien auch in einer Wiener Zeitschrift, der « Südost-Wirtschaft », ein Artikel im gleichen Sinne.

Nachdem der Artikel des « Volkswirt » in der schweizerischen Presse kein oder ein ziemlich ablehnendes Echo gefunden hatte, kam der « Volkswirt » in einer neuen Nummer auf die Frage zurück. Darin wird noch etwas deutlicher als das erstemal gesagt, worauf es Deutschland ankäme. Es heisst darin:

« Wenn es der deutschen Ordnungswirtschaft gelungen ist, in Südosteuropa einen wirtschaftlichen Aufschwung auszulösen, der die Garantie einer Stabilität in der unbeschränkten Aufnahmewilligkeit des grossen deutschen Marktes hat, so wachsen damit auch die Anlage- und Ertragsmöglichkeiten für Investitionen in jenen Ländern, gleichgültig, von wem sie vorgenommen werden. Wer dort Bergwerke erschliesst oder Verkehrswege baut, steigert damit die Produktion jener Länder an Erzeugnissen, für die Deutschland jederzeit bereitwilliger Abnehmer zu günstigen Preisen ist. Deutschland selbst hat, wie oft betont worden ist, weder die Absicht, heisses noch kaltes Geld aus andern Ländern aufzunehmen; es will seine alten Schulden regulieren und dadurch den Weg zu einer neuen, freieren Zusammenarbeit mit allen Ländern Europas und der Welt freimachen. Je lebhafter diese Zusammenarbeit ist, je weniger sie durch Vorurteile und Quertreibereien gestört wird, desto blühender wird sich der Welthandel wieder entfalten und damit auch die Aufnahmefähigkeit Deutschlands für manche industriellen Spezialerzeugnisse unserer Handelspartner steigern, denen wir, der Not gehorchend, vorübergehend die Türe schliessen mussten. »

Die dadurch aufgeworfenen Fragen haben eine sehr grosse Tragweite. Deshalb sind wir hier auf den ganzen Fragenkomplex so ausführlich eingegangen. Gewiss kann nicht einzig und allein der politische Gesichtspunkt in Betracht kommen. Wir haben uns immer für reguläre Handelsbeziehungen mit Sowjetrussland eingesetzt, obschon wir das Diktaturregime in jenem Lande ablehnen, und wir sind auch nicht für Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland, deshalb, weil uns die Politik des Dritten Reiches nicht passt und wir vieles, was dort geschieht, verabscheuen. Wir glauben, dass die Fragen beurteilt werden müssen nach den wirtschaftlichen und allgemeinen Interessen, die für unser Land auf dem Spiele stehen. Aber gerade dann wird man die politischen Tendenzen und Absichten, die hinter der wirtschaftlichen Problemstellung liegen, nicht übersehen dürfen. Jedenfalls darf man sich

nicht eine derart oberflächliche Argumentation leisten wie die « Schweizerische Handelszeitung », in der schon wenige Tage nach München, am 6. Oktober, folgendes zu lesen war:

« Bleibt nur noch übrig, dass auch unser Volk seine ressentimentsbeladenen und unklaren Werturteile revidiert. Nachdem Grossbritannien und Frankreich als die unmittelbar Nächstbeteiligten selbst den Schlußstrich unter die Episode des Diktates von Versailles gesetzt haben und offen für die Verständigung mit ihren Gegnern eingetreten, können und dürfen wir nicht mehr beiseite sehen, sondern müssen eine neue Stellung zu allen unsern Nachbarn gewinnen. Nichts wäre lächerlicher als sich heute schmollend und grollend beiseite zu setzen. Seien wir nicht klein und hässlich. Fassen wir neuen Mut und neues Vertrauen zum neuen Europa und zu jenen Männern, die uns aus einem vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung heraus den Frieden erhalten haben. »

Wir wissen nicht, welche Beweggründe die Redaktion der « Handelszeitung » zu diesem Kommentar bewogen haben. Jedenfalls entspricht diese Haltung nicht den Interessen der schweizerischen Wirtschaft und des Schweizervolkes. Sie wird übrigens gerichtet durch die Beurteilung, die die « Friedensstifter » heute selbst ihrem Werke widmen.

Wenn wir die deutschen Vorschläge näher betrachten, so sehen wir darin folgende drei Probleme:

1. die Frage der Handelsbeziehungen mit Mitteleuropa,
2. die Frage der Kapitalanlagen im Osten,
3. die Frage der Eingliederung in eine mitteleuropäische Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung.

Die Handelsbeziehungen mit Mitteleuropa.

Der bisherige Aussenhandel der Schweiz mit Deutschland sowie den ost- und südosteuropäischen Staaten hat eine ansehnliche Ausdehnung, macht doch die Einfuhr aus diesen Gebieten etwa ein Drittel unseres Gesamtimportes aus, und ein Viertel der schweizerischen Ausfuhr geht dorthin. Der Anteil der einzelnen Länder am schweizerischen Aussenhandel betrug:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1929	1933	1937	1929	1933	1937
Deutschland	25,1	28,9	22,3	16,8	16,3	15,5
Oesterreich	2,0	2,2	2,4	3,2	2,5	2,9
Tschechoslowakei	3,0	2,8	4,2	2,6	2,5	4,1
Ungarn	1,3	1,4	2,1	0,8	0,6	1,0
Jugoslawien	0,5	0,5	0,3	0,5	0,6	0,8
Griechenland	0,2	0,2	0,2	0,5	0,2	0,3
Bulgarien	0,2	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4
Rumänien	0,4	1,3	2,5	0,8	1,1	1,2
Türkei	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	0,2
	32,9	37,8	34,9	25,8	24,3	26,4

Seit 1929 hat sich der Anteil dieser Gebiete am schweizerischen Aussenhandel etwas erhöht. Die Zunahme ist aber im wesentlichen dem Handel mit der Tschechoslowakei zu verdanken, der sich nach der Abwertung erfreulich entwickelt hat, da er keinen Zahlungsbeschränkungen unterworfen war. Der Verkehr mit Deutschland ist zurückgegangen, offenbar unter den Hemmnissen der Devisenwirtschaft.

In absoluten Zahlen ist eine weit stärkere Schrumpfung des Handels eingetreten, wie aus folgenden Zahlen unserer Handelsstatistik zu entnehmen ist:

	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhrüberschuss	
	in Millionen Fr.		in Millionen Fr.		in Millionen Fr.	
	1929	1937	1929	1937	1929	1937
Deutschland	698	403	349	200	349	203
Oesterreich	55	44	68	38	— 13	6
Tschechoslowakei	85	75	55	52	30	23
Uebrige 6 Südoststaaten	80	116	67	50	13	66
	918	638	539	340	379	298

Die Schweiz würde ihre Ausfuhr nach dem Südosten an sich gerne erhöhen. Aber alle diese Länder können nicht bezahlen oder nur mit Warenlieferungen. Nun sagt man uns, wir müssten einfach mehr importieren aus diesen Staaten, um mehr exportieren zu können, wie Deutschland es selbst macht. Wie die vorstehende Tabelle zeigt, weist aber der Aussenhandel mit diesen Ländern schon jetzt einen starken Einfuhrüberschuss auf, der besonders gross ist im Verkehr mit Deutschland. Dadurch wird bewirkt, dass für die dort eingefrorenen Kapitalien wenigstens ein Zins vergütet wird. Auch suchen sich diese Länder in den Verrechnungsabkommen gewöhnlich einen Devisenbetrag zu sichern, der zu ihrer freien Verfügung steht. Die Einfuhr aus diesen Gebieten kann aber auch nicht beliebig vermehrt werden, weil dort gewöhnlich höhere Preise bezahlt werden müssen als für Bezüge vom freien Weltmarkt. Wer soll dann den Ueberpreis bezahlen, der schweizerische Konsument oder der Exporteur? In beiden Fällen ist eine Benachteiligung unserer Wirtschaft damit verbunden. Die Methoden Deutschlands, irgendwelche Ausschusswaren als Zahlung zu schicken, kann sich die Schweiz nicht leisten, da sie den guten Ruf ihres Exportes nicht riskieren will.

Trotz diesen Hindernissen wird die Schweiz versuchen, den Handel auch nach dem Osten weiter zu entwickeln. Dass Bemühungen nach dieser Richtung im Gange sind, beweist der unlängst getätigte Ankauf von Weizen in Rumänien und die Ende November getroffene Zusatzvereinbarung zum ungarisch-schweizerischen Handelsvertrag, die ebenfalls eine Erhöhung der Warenlieferungen vorsieht. Diese Bestrebungen stehen aber ohne irgendwelchen Zusammenhang mit den Wirtschaftsbeziehungen, die Deutschland mit dem Donau- und Balkangebiet pflegt, sondern die Schweiz wird nach wie vor auch nach dieser Richtung eine ganz selbständige Handelspolitik treiben müssen.

Kapitalanlagen der Schweiz in Mitteleuropa.

Ueber die schweizerischen Kapitalanlagen im Ausland wird von den Banken und auch von der Nationalbank bekanntlich ein Schleier des Geheimnisses ausgebreitet. Sie meinen, das gehe die Oeffentlichkeit nichts an, obschon diese stets die Folgen falscher Kapitalexportholitik zu tragen hat. In Deutschland waren bei Erlass des Moratoriums schätzungsweise vier Milliarden Schweizerfranken angelegt. Seither ist dieser Bestand durch Liquidationen, namentlich von Registermark, unter grossen Verlusten um annähernd eine Milliarde vermindert worden. In Oesterreich sollen Forderungen im Betrage von 400 bis 500 Millionen Franken liegen, die seit dem Frühjahr ebenfalls festliegen. Die Kapitalbeteiligung in Ungarn wurde im « Volkswirt » auf 280 Millionen Franken geschätzt. Da ausserdem grosse Kapitalinteressen in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien sind, dürften die Kapitalanlagen in diesen Ostländern zusammen wohl mehr als eine Milliarde ausmachen. (Wir verweisen auf den Spezialartikel über diese Frage im vorliegenden Heft.)

Ein weiterer Kapitalexporth nach diesen Regionen, der einfach zum Zweck der Geldanlage gemacht würde, wäre vom schweizerischen Standpunkt aus gar nicht zu verantworten und müsste von der Nationalbank verboten werden. Von unserer Einfuhr von 116 Millionen Franken aus den 6 Südostländern muss heute schon ein ansehnlicher Teil für die Verzinsung der Kapitalforderungen reserviert werden. Je grösser dieser Teil wird, um so mehr wird die Exportmöglichkeit beschränkt. Eine andere Frage ist die, ob die Schweiz diesen Ländern Kredit gewähren soll mit der Verpflichtung, sie für Bezüge schweizerischer Waren zu verwenden. Dagegen wäre grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn die Verzinsung und die Rückzahlung im Laufe nicht allzu langer Zeit gesichert werden können. Das wäre einfach ein langfristiger Warenkredit. Ein anderer Kapitalexporth käme unseres Erachtens unter den gegenwärtigen Umständen nicht in Frage.

Eingliederung in die deutsche Grossraumwirtschaft.

Man kann sich natürlich unter diesem Anschluss an den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock, den Deutschland gerne bilden möchte, verschiedenes vorstellen, von der blossen Pflege intensiven Warenverkehrs bis zur Eingliederung in die deutsche Devisenwirtschaft und zum völligen Anschluss. Wir glauben, dass irgendwelche Massnahmen, die über die Pflege normaler Handelsbeziehungen hinausgehen, von der Schweiz mit grösster Entschiedenheit abgelehnt werden müssen. Selbst vor einer allzu starken Ausdehnung des Warenaustausches mit Deutschland und den von ihm teilweise abhängigen Ländern muss sich die Schweiz unbedingt

hüten, damit sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit behaupten kann. Wir haben auch gar keinen Anlass, etwa die Beziehungen mit dem Westen zu vernachlässigen, die Schweiz kann im Gegenteil aus dem Verkehr mit den angelsächsischen und skandinavischen Wirtschaftsgebieten viel grössere Vorteile ziehen als aus dem Verkehr mit den Ländern der Devisenzwangswirtschaft. Man übersehe auch nicht, dass engere Wirtschaftsbeziehungen zu einem System des Staatskapitalismus, wie es in Deutschland heute besteht, oder auch zu Gebieten blosser Devisenbewirtschaftung nicht ohne Einfluss bleiben könnten auf unsere innere Wirtschaftspolitik, indem eine weitgehende staatliche Lenkung des Aussenhandels und vielleicht auch der inländischen Produktionspolitik notwendig würden. Das sollen sich die besonders überlegen, die stets das Loblied der freien Wirtschaft singen, wie gerade die weiter oben zitierte « Handelszeitung ».

Wir haben am Anfang dieses Artikels gezeigt, dass die Offerte an die Schweiz, sich der deutschen Grossraumwirtschaft einzugliedern, nicht neu ist, sondern nur eine neue Auflage der alldeutschen Pläne der Vorkriegszeit darstellt. Geändert haben sich nur die Umstände, unter denen eine engere Verflechtung mit Mitteleuropa erfolgen sollte. Damals war Deutschland immerhin noch ein Gebiet des freien Zahlungsverkehrs, während es heute mitsamt dem Osten gewissermassen ein grosses « wirtschaftliches Konzentrationslager » bedeutet, bei dem man wohl weiss, wie man hinein-, aber nicht, wie man wieder herauskäme.

Die Schweiz muss ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit genau so eifrig verteidigen wie die politische, nur dann ist diese letztere gesichert.

Schlussfolgerungen.

Wir erfahren heute, dass die imperialistischen Bestrebungen Deutschlands, die durch den Sieg der Westmächte nach dem Weltkrieg vorübergehend unterdrückt waren, unter nationalsozialistischer Führung eine Neuaufstehung feiern. Nachdem Deutschland wieder eine militärisch stark gerüstete Weltmacht geworden ist und durch blosser Drohungen entscheidende Bestimmungen des Friedensvertrages brechen konnte, wird es naturgemäss darnach trachten, die Revision des Friedens von 1919 weiterzuführen in bezug auf die Kolonien wie auf die territoriale Umgestaltung in Europa. Es wird ferner auch seine wirtschaftliche Macht auszu dehnen suchen und dabei in erster Linie nach Osten und Südosten vorstossen. Doch einzelne jener Länder haben sich schon jetzt in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland begeben, dass ihnen « zu tun fast nichts mehr übrig bleibt ». Nach den schlechten Erfahrungen, die sie mit Deutschland gemacht haben, werden zwar die Oststaaten sicher ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland eher beschränken wollen, sofern

ihnen das gelingt und sofern ihnen wichtige andere Staaten, wie namentlich England, zu Hilfe kommen.

Die Möglichkeit der Selbstversorgung im eigenen Reich, die Deutschland aus militärischen und imperialistischen Gründen anstrebt, ist durch den Anschluss Oesterreichs und des Sudetengebietes nicht vergrössert, sondern im Gegenteil verschlechtert worden. Auch mit Einbeziehung der Donau- und Balkangebiete können diese Autarkiewünsche nicht befriedigt werden. Eine starke Ausnützung der wirtschaftlichen Reichtümer (Bodenschätze und Landwirtschaft) Südosteuropas erfordert viel Kapital, das Deutschland heute nicht zur Verfügung hat. Aus diesem Grunde versucht es Länder, wie die Schweiz, an der Erschliessung der Südoststaaten zu interessieren.

Die Schweiz darf aber ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit jenen Gebieten nur so weit ausdehnen, als es ihren eigenen Interessen förderlich ist, das heisst in diesem Falle, so weit es ihrem Export dient. Unser Land hatte bisher eine verhältnismässig starke wirtschaftliche Stellung gegenüber Deutschland, was auch beim Abschluss der schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommen zum Ausdruck kam. Es wird diese Stellung nur wahren können, solange die Deutschen wissen, dass wir nicht unter allen Umständen auf sie angewiesen sind. Deshalb darf sich die Schweiz niemals in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von einem grossen Staat begeben oder gar sich in einen Grosswirtschaftsraum eingliedern, da das auch ihre politische Unabhängigkeit gefährden würde. Eine andere Haltung kann es für die Schweiz nicht geben.

Schweizerische Kapitalanlagen auf dem Balkan.

Die Länder des Balkans, die sich im Laufe des letzten Jahrhunderts von der türkischen Herrschaft befreit haben, sind auch heute noch wirtschaftlich sehr unentwickelt und arm. Sie sind seit Jahrzehnten angewiesen auf ausländisches Kapital, einerseits um ihre Wirtschaft zu befruchten und andererseits um den Staat zu finanzieren, insbesondere für seine militärischen Aufwendungen. Der Bau der Eisenbahnen, die Gründung von Banken und grossen Industriegesellschaften wurde in diesen Gegenden meist erst durch ausländisches Kapital ermöglicht. Natürlich hat diese Verschuldung an das Ausland auch zu ausländischen Einmischungen Anlass gegeben, und die Kapitalanlagepolitik gewisser Staaten war nichts anderes als ein Mittel, um ihre politische Einflussphäre zu vergrössern.